

Bolz, Klaus

Article — Digitized Version

Hilfe für die Sowjetunion?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bolz, Klaus (1991) : Hilfe für die Sowjetunion?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 71, Iss. 1, pp. 2-3

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136710>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

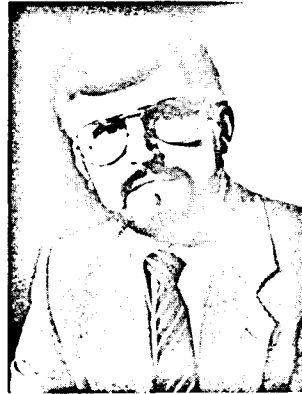
Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Hilfe für die Sowjetunion?



Klaus Bolz

Die Überwindung der jahrzehntelangen politischen und militärischen Konfrontation in Europa und die Liberalisierung der osteuropäischen Gesellschaften sowie deren Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Systemen haben eine einmalige Chance für einen politischen und wirtschaftlichen Einigungsprozeß in Gesamteuropa geschaffen. Solange aber die Hinterlassenschaften der mehr als 40 Jahre herrschenden sozialistischen Systeme in Osteuropa noch nicht völlig ausgemerzt sind, drohen von diesen weiterhin Gefahren für Stabilität und Frieden in einem geeinten Europa – wie die Ereignisse in Litauen gerade gezeigt haben. Bei der Bewältigung der gegenwärtigen krisenhaften Umstellungsprozesse benötigen die osteuropäischen Länder deshalb unsere finanzielle und technische, aber insbesondere auch unsere moralische Solidarität – dies gerade auch wegen Litauen.

Gelänge die Systemtransformation in den kleinen ehemals sozialistischen Ländern in mittlerer Frist, bliebe das Ziel eines größeren stabilen Europas dennoch solange gefährdet, bis auch die Sowjetunion ökonomisch und politisch stabilisiert ist. Denn ohne eine funktionierende Wirtschaft und einen demokratischen Pluralismus in der Sowjetunion wird es für Gesamteuropa keine stabile Zukunft geben können. Deshalb muß der Bildung von Stützungsfonds zugunsten der Sowjetunion und ihrer Republiken besondere Priorität zukommen. Wenn die Sowjetunion aber nicht bald das im Präsidentenprogramm vom Oktober 1990 formulierte Ziel „des Übergangs zur Marktwirtschaft, zu dem es keine Alternative gibt“, in Angriff nimmt, droht dem Land das Chaos. Auch eine Rückkehr zur Diktatur ist nicht mehr auszuschließen. Die erst seit gut einem Jahr in der Mitte Europas überwundene Grenze könnte also weiter östlich durch sich neu aufbauende Gegensätze schnell wieder entstehen.

Die gegenwärtige Wirtschaftslage der Sowjetunion ist statistisch nicht exakt zu erfassen. Offiziell wurden für die ersten neun Monate 1990 vergleichsweise geringe negative Wachstumsraten veröffentlicht, für das produzierte Nationaleinkommen zum Beispiel nur -2% . Viele wirtschaftliche Erscheinungen im Lande sprechen aber dafür, daß die Wirklichkeit wesentlich dramatischer aussieht. Zu diesem Urteil kommt auch eine gemeinsam von der Osteuropabank, der OECD, der Weltbank und dem IWF veröffentlichte Studie über die Sowjetunion.

Nach Einschätzung der Experten des staatlichen Planungskomitees in Moskau droht der UdSSR 1991 eine extreme Verschärfung der Entwicklung. Sie gehen davon aus, daß 1991 zentrale Indikatoren der sowjetischen Wirtschaft mit zweistelligen Raten sinken werden. Die Gesamtsituation würde durch zahlreiche zeitweilige Betriebsstillegungen und Schließungen verschärft. Es werde zu Massenentlassungen und zu einer starken Preiswelle kommen, so daß der Lebensstandard vieler Sowjetbürger weiter sinken wird. Der Industrie und der Bevölkerung sowie ganzen Regionen stehen umfassende Versorgungskrisen bevor. Verschärft wird die Versorgungsproblematik dadurch, daß einzelne Regionen oder ganze Republiken den Waren- und

Dienstleistungsverkehr über die Grenzen hinaus streng reglementieren und praktisch nur noch Ware gegen Ware tauschen. Abschottung heißt die Antwort auf die Krise.

Vor diesem Hintergrund kommt der humanitären Hilfe des Westens größte Bedeutung zu. Diese Hilfe kann aber nur kurzfristige Überlebenshilfe für bestimmte Gruppen sein. Für die Zukunft des Landes wird jene Hilfe entscheidend sein, die das System und die Entwicklung in der Sowjetunion aus dem Chaos herausführt und die Anpassungsschwierigkeiten überwinden kann. Es bestehen aber Zweifel, inwieweit der gegenwärtige Zeitpunkt geeignet ist, umfangreiche finanzielle und technische Hilfe in diesem Land erfolgversprechend einzusetzen, oder ob man nicht noch abwarten sollte, damit nicht gewaltige Summen quasi in einem Schwarzen Loch verschwinden. Auch falls Gorbatschow für die Ereignisse in Litauen vom vergangenen Wochenende nicht verantwortlich sein sollte, werden sich diese Zweifel verstärken.

Dennoch scheint der für vernünftig gehaltene Rahmen der externen Abstützung des sowjetischen Umgestaltungsprozesses von vielen zu eng gesetzt. Denn dieses Land benötigt zur grundsätzlichen Verbesserung seiner Standortbedingungen nicht nur einen neu zu gestalten den ordnungspolitischen Rahmen, sondern es bedarf des Aus- und Aufbaus einer funktionsfähigen Infrastruktur. Diese ist als komplementärer Faktor für gewerbliche Investitionen, die eines Tages auch aus dem Ausland kommen sollten, dringend notwendig. Bei solch einer Unterstützung der Sowjetunion und einzelner Republiken würden die Voraussetzungen zugunsten eines künftigen Aufschwungs frühzeitig verbessert. Die Empfehlung fällt wenige Tage nach den Ereignissen in Litauen nicht leicht. Doch haben wir in Verfolgung unserer eigenen Interessen eine Alternative?

Generell kommen die Sowjetunion und ihre Republiken um eine Schocktherapie bei der Umgestaltung ihrer Wirtschaft nicht mehr herum, vor allem wenn sie das dringend benötigte Privatkapital ins Land locken wollen. Die Bedingungen hierfür sind heute nicht gerade erfolgversprechend. Gorbatschow trägt in den Augen vieler Sowjetbürger durch seine Politik der Umgestaltung, die durch ein Fehlen an ausgereiften Reformkonzepten und halbherzige Zielvorgaben hinsichtlich einer sozialistischen oder auch kontrollierten Marktwirtschaft gekennzeichnet ist, indirekt die Verantwortung für den heute zu beobachtenden Niedergang. Man wirft ihm vor, daß er eine grundlegende Umgestaltung auf der Basis eines eigenen Konzepts eigentlich nie in Angriff genommen hat. Andererseits betätigte er sich als Bremser progressiverer Reformkräfte. Mit seinen vom Obersten Sowjet im Oktober gebilligten „Richtlinien zur Stabilisierung der Sowjetwirtschaft“ hat er Radikalreformer wie Schatalin und andere ausgeschaltet.

Die Methode der schockartigen Transformation benötigt eine gewisse Zeit, um vor der Einführung der eigentlichen Marktmechanismen einen bestimmten institutioneilen Rahmen zu schaffen. Gorbatschow hat diese aber nicht mehr, da jeder Tag die Sowjetunion tiefer in die Krise abgleiten läßt. Gravierender ist aber vielleicht noch der Umstand, daß Gorbatschow in seinem Lande nicht wie vor über einem Jahr der polnische Ministerpräsident Mazowiecki auf ein weitreichendes Vertrauen bei der Bevölkerung setzen kann.

Der Kongreß der Volksdeputierten hat zwar kurz vor der Jahreswende Präsident Gorbatschow mit weitreichenden Vollmachten unter anderem zur zentralen Steuerung der Volkswirtschaft der UdSSR ausgestattet. Doch wird dieser Machtzuwachs wenig nützen, wenn es darum geht, in der gegebenen extrem labilen politischen Situation und des allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs per Erlaß die Systemtransformation vollziehen zu wollen. Einmal fehlt der institutionelle Rahmen für ein derartiges Vorgehen, zum anderen sind auch die verbliebenen alten Organisations-, Lenkungs- und Versorgungsstrukturen nicht in der Lage, derartige Veränderungen umzusetzen. Das militärische Eingreifen in Litauen scheint zu bestätigen, daß die Verantwortlichen in der Sowjetunion glauben, die Republiken nur mit Gewalt veranlassen zu können, von ihren eigenen Umgestaltungsvorhaben abzulassen und ihre volkswirtschaftlichen Leistungen auch anderen Sowjetrepubliken wieder zugänglich zu machen.